



Foto: Manfred Vollmer

Die geplanten Änderungen der gymnasialen Oberstufe stoßen auf Kritik. Namhafte Bildungswissenschaftler aus Göttingen sind an die Öffentlichkeit gegangen.

## Stellungnahme von Bildungswissenschaftlern zur geplanten Reform der gymnasialen Oberstufe

# Eine bürokratische Reform: Viel Zwang, wenig Förderung

Zu der Reform der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs, die der niedersächsische Kultusminister Busemann Ende Mai 2004 angekündigt hat, haben 30 Vertreter/innen aus der Bildungswissenschaft kritisch Stellung genommen. In einem Brief an den Minister äußern sie sich insbesondere zum Thema „Studierfähigkeit“.

Die Wissenschaftler/innen sind der Ansicht, dass die angekündigte Reform, abgesehen von dem „Seminarfach“, keinesfalls die Studierfähigkeit stärkt. Sie fürchten eher das Gegenteil, weil es für die Schüler/innen künftig noch schwieriger sein wird, individuell passende Akzente auf solche Gebiete zu legen, die den besten Übergang zu den angestrebten und erwogenen Studiengängen bilden würden. Überdies beklagen sie, dass sich die Reform auf quantitative Festschreibungen beschränkt (fünf Prüfungsfächer, drei Kernfächer, zwei Kernfächer als Prüfungsfach), während zentrale Fragen offen bleiben: die Frage der Inhalte (Was ist zu lernen und zu prüfen?), die Frage der Kompetenzstandards (Was sollen die Schüler/innen können?) und die Frage der Förderung.

Die Stellungnahme ist in einer Arbeitsgruppe an der Universität Göttingen entstanden, wo ein Schwerpunkt des Studiums für das Lehramt am Gymnasium liegt. Die Unterzeichner/innen sind Vertreter/innen der Pädagogik, der Pädagogischen Psychologie und der Fachdidaktiken in Göttingen sowie anderen niedersächsischen Universitäten.

„Es wird mit dieser Reform u.E. die Chance vertan, die Studierfähigkeit zu stärken, die Begabungen und Interessen der Schüler/innen zu fördern und die gymnasiale Bildung auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen.“

Im Einzelnen:

1. Für die Studierfähigkeit ist es nicht so wichtig, wieviel geprüft wird, sondern was geprüft wird.

Wie will man sichern, dass die Prüfungsinhalte wirklich eine Vorbereitung auf das zukünftige Studium sind – zumal die meisten Studienfächer in der Schule ohnehin gar nicht vertreten sind? In der Praxis bedeutet ein zusätzliches Prüfungsfach lediglich, dass sich ein Abiturient nun beispielsweise zusätzlich auf Vektorrechnung, auf die Biochemie von Enzymen oder andere Gebiete vorbereiten muss – um anschließend dann vielleicht Jura oder Journalistik zu studieren. Welchen Gewinn für die Studierfähigkeit kann man davon erhoffen? Wichtiger wäre es, in allen Fächern die zu prüfenden Kompetenzen verbindlich zu definieren, in der Wahl der Fächer aber den Schüler/innen mehr Einfluss zu lassen (s. auch Punkt 3). Die vorgesehene quantitative Erweiterung der Prüfung bringt gewiss einen

erhöhten Arbeitsaufwand mit sich, nicht aber erhöhte Studierkompetenz.

2. Für das Studium wichtig ist vor allem die Fähigkeit zum selbstregulierten Lernen. Doch wo wird die gefördert?

Schwierigkeiten im Studium haben maßgeblich mit Defiziten im eigenen Lernmanagement, im Verfassen von Texten, im mündlichen Vortragen, in der Planung und Organisation des Studiums. Das in der Reform vorgesehene „Seminarfach“ ist zwar zu begrüßen, doch ein einzelnes Projekt reicht nicht aus. Unser Vorschlag ist generell ein allmählicher Übergang vom Klassenunterricht zum selbstständigen Lernen unter Betreuung und Beratung. Zur Förderung des autonomen Lernens müsste weiterhin in allen Fächern nicht der „Stoff“, sondern auch das Lernen, Produzieren und Kommunizieren selbst wiederkehrend zum Thema gemacht werden. Solche Festlegungen gehören in eine Reform, die die Studierfähigkeit fördern will.

3. Die Reform ignoriert weitgehend die individuellen Begabungen und Interessen.

Zwar ist (wie in den 50er und 60er Jahren) die Wahl von Schwerpunkten vorgesehen, et-

wa sprachlicher oder naturwissenschaftlicher Art. Doch ein solches Angebot ist bei weitem nicht differenziert genug, um den meisten Schüler/innen individuell angemessene Akzentsetzungen und Kombinationen zu ermöglichen. Überdies werden die Wahlmöglichkeiten durch die Pflichtfächer stark eingeschränkt. Was macht es für einen Sinn, fast erwachsenen Menschen nach zehn und mehr Schuljahren immer noch Lernstoff aufzuzwingen, den sie lediglich für einen Prüfungstermin lernen? Die individuellen Unterschiede zu missachten, bedeutet zugleich, Millionen Euro in die Erzeugung von „totem Wissen“ zu investieren – von Wissen, das schnell vergessen und nie genutzt wird, weil es keinen Bezug zu den Lebensplänen der Lernenden hat. In aller Regel können Schüler/innen selbst besser einschätzen, welche Fächer für ihr künftiges Studium (oder ihre Entscheidungsfindung) nützlich sind, als eine ministerielle Einheitsvorschrift!

Deshalb: Individuelle Fähigkeiten und Interessen so weit wie möglich aufzunehmen und zu fördern, ist eine überaus bedeutsame pädagogische, gesellschaftliche und wissenschaftspropädeutische Aufgabe. Nur so sichert man gute Lernmotivation, langfristiges Behalten und eine spätere Nutzung des Gelernten.

4. Die Festlegung von Pflichtfächern bedeutet auch eine Benachteiligung der anderen Fächer.

Warum sollen die naturwissenschaftlichen, die gesellschaftsbezogenen und die künstlerischen Fächer weniger wertvoll sein als Deutsch, Mathematik oder eine Fremdsprache? Eine solche Rangordnung gibt es an den Universitäten nicht und sie ist auch in der Oberstufe des Gymnasiums nicht mehr zu rechtfertigen. Denn wo ist nachgewiesen, dass jene Inhalte, die in der Oberstufe in den Pflichtfächern behandelt werden, auf fast jedes Studium besser vorbereiten als die Inhalte anderer Fächer? Wir schlagen vor, in der Oberstufe die Fächer gleichrangig zu behandeln.

Zu einer „wirklichen“ Reform könnte auch gehören,

- ins Zentrum gymnasialer Bildung nicht mehr einen bestimmten Fächerkanon und festgelegte Kernfächer zu stellen, sondern sich zunehmend an zu fördernde Kompetenzen, auch fächerübergreifenden Kompetenzen, zu orientieren. Es wäre dann die Aufgabe einer Reform, solche Kompetenzen als Bildungsstandards für das Abitur festzulegen.
- Zu berücksichtigen, wie sehr sich die Wissenschaftslandschaft in den letzten Jahr-

zehnten verändert hat. Das Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen hat sich nämlich erheblich erweitert und die Nachfrage nach bestimmten Studiengängen deutlich verschoben; doch der Fächerkanon des Gymnasiums ist derselbe geblieben. Es wäre daher geboten, den traditionellen Fächerkanon auf den Prüfstand zu stellen und die Schule für neue Lerninhalte zu öffnen. Dies sind eher langfristige Perspektiven. Wir werden uns hierüber zu anderen Zeitpunkten ausführlicher äußern.“

Unterzeichner: Prof. Dr. Peter Alheit, Prof. Dr. Albert Bremerich-Vos, Prof. Dr. Bernd Fittkau, Dr. Reinhard Fuhr, PD Dr. Dietmar Grube, Prof. Dr. Hans-Dieter Haller, Prof. Dr. Marcus Hasselborn, Dr. Brigitte Helbing Tietze, Prof. Dr. Hans-Georg Herrlitz, Dr. Sylvia Heudecker, Dr. Andreas Hoffmann, Prof. Dr. Christel Hopf, Prof. Dr. Wulf Hopf, Dr. Dirk Jähreis, Prof. Dr. Olga Jaumann-Graumann, Dr. Katja Koch, Prof. Dr. Margret Kraul, Dr. Robert Kreitz, Prof. Dr. Hubertus Kunert, Prof. Dr. Doris Lemmermöhle, Dr. Claudia Mähler, Dr. Hans-Peter Nolting, Prof. Dr. Peter Paulus, Akad. Dir. Hans-Jürgen Perle, Prof. Dr. Martin Rothgang, Dr. Stephanie Schreblowski, Prof. Dr. Uwe Tietze, Dr. Heinz-Ulrich Thiel, Dr. Wolfgang Wangerin, Wiss. Ass. Christine Zahrnt.

## EW NIEDERSACHSEN

### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Telefon (05 11) 3 38 04-0, Fax (05 11) 3 38 04-46, eMail@GEW-Nds.de

**Vorsitzender:** Eberhard Brandt, Hannover  
**Verantwortl. Redakteur:** Joachim Tiemer, Hildesheim

**Redaktion:** Dr. Margit Frackmann, Richard Lauenstein, Hans Lehnert, Brunhild Ostermann, Jürgen Sonnemann, Horst Vogel

**Postanschrift der Redaktion:**  
EuW, An der Beeke 5 B, 31137 Hildesheim  
Fax (0 51 21) 6 52 50

E-Mail: Joachim.Tiemer@t-online.de

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 15. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

### Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16  
45134 Essen, Tel. (02 01) 8 43 00-0

Fax (02 01) 47 25 90

E-Mail: anzeigen@stamm.de

Internet: www.stamm.de

### Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 27

vom 1. Januar 2004

Anzeigenschluss am 20. des Vormonats

### Gesamtherstellung: Kornelia Schick

Adlerstr. 8, 31228 Peine

Tel. (0 51 71) 2 42 54, Fax (0 51 71) 92 93 97

**Druck:** Druckhaus A. Schläeger GmbH,

Wolterfer Straße 116, 31224 Peine,

Tel. (0 51 71) 4 00 20, Fax (0 51 71) 1 64 24

ISSN 0170-0723 

## 25 Jahre in der GEW

Zum „Silbernen“ GEW-Jubiläum gratulieren wir im Oktober folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Gregor Aust (Hannover), Sabine Bartels-Müller (Springe), Cornelia Bechinger-Deuter (Verden), Heidrun Berge (Hannover), Jutta Bosch-Peckmann (Braunschweig), Christiane Brey (Wildeshausen), Petra Brockmann-Reinhardt (Braunschweig), Ursula Burda (Barsinghausen), Sabine Büschken (Osnabrück), Heinrich Culemann (Adendorf), Doris Diehl (Bremen), Astrid Dinter (Osnabrück), Sabine Drebner-Kraft (Hoya), Jürgen Droese (Meinersen), Klaus Ehlerding (Lauenhagen), Manfred Fischer-Rank (Evensen), Rosemarie Freistedt (Braunschweig), Gerd Gail (Uslar), Dorle Gapski (Hannover), Waltraud Gebauer-Radtke (Wolfsburg), Tatiana Gerdes (Stuhr), Eva Große (Göttingen), Anneliese Grosse (Zetel), Gudrun Harig/Tepper (Barsinghausen), Wolfgang Hartz (Herzberg), Monika Hippe (Ankum), Ingrid Hoffmann (Himmelpforten), Peter Holler (Langenhagen), Lothar Holstein (Buxtehude), Christine Homann-Dorau (Hemmingen), Ursula Hörtrich-Schmidt (Hemmoor), Annegret Jungbehrens (Göttingen), Gerlinde Kammann (Bremervörde), Burkhard Kastenbutt (Osnabrück), Klaus Katt (Wingst), Helmut Keller (Hannover), Irmtraut Kettler (Oldenburg), Ingelore Kleuker (Diekholzen), Silvia Klingenburg-Pülm (Hannover), Hans-Peter Koehler (Coppensbrügge), Dieter Krömer (Ankum), Hartwig Krone (Jade), Bärbel Kuchenbuch (Delmenhorst), Christine Kühl-Kreutzberger (Hinte), Michael Kwiatkowski (Langenhagen), Brunhild Landwehr (Bardowick), Thomas Lauber (Rotenburg),

Jutta Lesemann-Schefft (Uslar), Franz Lewandowski (Emden), Gudrun Ley (Oldenburg), Anke Lindemann (Edewecht), Ursula Mahn (Peine), Anita Mertens (Garbsen), Elke Mickley (Bremervörde), Wolfgang Molthan (Lüneburg), Ursula Mrongovius (Wolfsburg), Hans-Harald Neuber (Nienstädt), Martina Olbrich (Wolfenbüttel), Helga Potzler (Wittmund), Ines Powitz (Bad Bevensen), Burghard Rancke (Cuxhaven), Peter Reinert (Sassenburg), Jutta Reiter (Göttingen), Beatrix Rotter-Grunwald (Hannover), Sigrid Salomo (Uelzen), Rainer Sander (Vechta), Regina Sander (Vechta), Ute Schlumbohm (Göttingen), Annegret Schmidt (Lüneburg), Elma Schröder-Kaschewsky (Göttingen), Marlis Schuer-Kellner (Bad Bederkesa), Matthias Schulhof (Osnabrück), Erika Schulze (Aurich), Kurt Schupbach (Coppensbrügge), Wiltrud Schwartz (Osnabrück), Margarete Spindler-Butenholz (Sehnde), Gunda Stamme-Eickhorst (Maasen), Rudolf Terborg (Oldenburg), Silvia Thoma (Twieflingen), Rolf Thorhauer (Cuxhaven), Detlef Voge (Munster), Johanna Volland (Bremervörde), Marlen Voltmer (Meine), Guenter Wagner (Wilhelmshaven), Volkhart Wagner (Göttingen), Klaus Walzer (Westoverledingen), Heidi Weidemann (Verden), Margarete Weise (Rotenburg), Christel Werkmeister (Ostrhauderfehn), Edeltraud Weymann (Holle), Siegbert Wojciechowski (Asendorf), Barbara Wuttke (Velpke), Hellmut Zirbeck (Osterholz-Scharmbeck), Heiner Zok (Schiffdorf)